

*Sperrfrist: 09.01.2013, 18:00 Uhr!
Es gilt das gesprochene Wort!*

**Rede von
IHK-Präsident Friedhelm Sträter
anlässlich des IHK-Neujahrsempfangs
am 9. Januar 2013 in der
Historischen Stadhalle Wuppertal**

Sehr geehrter Herr Minister Duin,
liebe bergische Unternehmerinnen und Unternehmer,
sehr geehrte Damen und Herren,

auch ich begrüße Sie ganz herzlich hier in der wunderschönen Historischen Stadhalle in Wuppertal. Es freut mich sehr, wieder so zahlreiche Gäste willkommen heißen zu können! Ich wünsche Ihnen allen, Ihren Familien, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2013 sowie natürlich allzeit gute Geschäfte!

Ich danke unserem Hauptgeschäftsführer Michael *Wenge* für die Begrüßung und seine persönlichen und anerkennenden Worte. Nach nunmehr 16 Jahren an der Spitze der Bergischen IHK werde ich das Amt des Präsidenten im Mai dieses Jahres an meine Nachfolgerin oder meinen Nachfolger abgeben. In all diesen Jahren hatte ich die Ehre, hier vor Ihnen sprechen und auf die aktuellen wirtschaftlichen Gegebenheiten und Herausforderungen eingehen zu dürfen. Nachdem das prophezeite Ende der Welt nicht eingetreten ist, habe ich heute zum letzten Mal dieses besondere Vergnügen.

Seit 1998, als Nachfolger des in Wuppertal allseits bekannten Dr. Jörg *Mittelsten Scheid*, stehe ich heute zum 15. Mal hier und habe – trotz einer gewissen Routine – großen Respekt vor meiner Aufgabe, Sie zu informieren und in gewisser Weise auch zu unterhalten.

Ich verrate Ihnen, dass ich mich vor meinem ersten Jahresempfang 1998 vehement gewehrt habe, mit getragener Zwischenmusik den Empfang zu gestalten. Ich empfand Klassische Musik zu dieser Gelegenheit unpassend und habe das folgerichtig abgeschafft. Es ist einer gewissen Altersmilde geschuldet, dass wir mit Unterhaltungsmusik interpretiert von klassisch ausgebildeten Musikern aus Solingen, die musiklose Zeit heute beenden.

Und nun zu meinen eigentlichen Themen!

In der Vergangenheit bin ich bisweilen gefragt worden, ob denn eine IHK überhaupt noch zeitgemäß sei. Gehöre dieser alte Zopf nicht abgeschafft? Nun, die individuelle Meinungsäußerung ist mir sehr wichtig. Die Vertretung eigener Interessen ebenfalls. Die Unternehmer des frühen 19. Jahrhunderts waren die ersten, die gemeinsam dafür gekämpft haben, nicht nur Adressat staatlicher Entscheidungen zu sein. Als Betroffene wollten sie mitreden, an der Entscheidungsfindung beteiligt sein. Daraus sind dann die Industrie- und Handelskammern entstanden.

Meine Damen und Herren,
mich überzeugt immer noch die Idee, die Betroffenen zu Beteiligten zu machen. Das ist moderne Politik! Denn wir Unternehmer vor Ort können am besten beurteilen, welche Ausbildung gebraucht wird, um einen qualifizierten Einsatz im Betrieb zu gewährleisten. Wir können beurteilen, welche Infrastruktur und welche konkreten Änderungen der Bauleitplanungen vonnöten sind, um die regionale Wirtschaft zu stärken. Die Stichworte IKEA in Wuppertal und DOC in Remscheid verdeutlichen jedem, was das für mich vor Ort bedeutet.

Ich habe auch erfahren, wie gut es ist, über ein schlagkräftiges Sprachrohr der Unternehmerschaft in der Region zu verfügen. In der Öffentlichkeit wie im Privaten ist es gleich: Wer nicht spricht, wird nicht gehört und nicht wahrgenommen. Wer, bitte schön, wenn nicht wir als IHK, fordert eine solide Haushaltspolitik bei der kommunalen Politik ein? Wer, wenn nicht wir, erzeugt bei einer Vielzahl von Themen überhaupt erst eine Öffentlichkeit und zwingt die Betroffenen so, sich öffentlich zu rechtfertigen?

Unsere IHK als Selbstverwaltungsorganisation der Wirtschaft ist allerdings nur dann erfolgreich, wenn Unternehmer bereit sind, sich in ihr zu engagieren. Wir müssen das ehrenamtliche Engagement in allen Bereichen unserer Gesellschaft wieder stärker in den Blick nehmen und dafür werben. Ich möchte den anwesenden ehrenamtlich Tätigen für Ihre Arbeit ganz herzlich danken! Ihre Arbeit ist zeitaufwendig und mit mancher wirtschaftspolitischen Forderung macht man sich nicht immer Freunde.

In diesem Zusammenhang darf ich Sie darauf aufmerksam machen, dass es in diesem Jahr nicht nur einen neuen Präsidenten gibt, sondern natürlich auch eine neue Vollversammlung bei unserer IHK. Ich habe mich außerordentlich gefreut, dass wir eine neue Rekordzahl an Kandidatinnen und Kandidaten verbuchen können. Wir haben 141 Unternehmerinnen und Unternehmer gewonnen, die sich um die 80 Plätze in unserer Vollversammlung bewerben. Da kann ich nur sagen „Respekt“ und vielen Dank, dass so viele von Ihnen sich zur IHK-Wahl stellen.

Zugleich appelliere ich an alle Unternehmerinnen und Unternehmer des Bergischen Städtedreiecks: Bitte gehen Sie ab dem 21. Januar unbedingt wählen – votieren Sie für Ihre Vertreter im künftigen „Parlament der regionalen Wirtschaft“! Leider ist die Wahlbeteiligung bei einigen Nachbarkammern zum Teil deutlich zurückgegangen. Mit Ihren zahlreichen Stimmen hoffen wir darauf, die zuletzt vergleichsweise gute Wahlbeteiligung in unserem IHK-Bezirk zumindest stabilisieren zu können. Zeigen Sie durch eine hohe Wahlbeteiligung die Wertschätzung für unsere Arbeit. Das tut uns gut – auch unserem Ruf bei der Landesregierung in Düsseldorf.

Meine Damen und Herren,

die Bergische IHK hat sich stärker dem pulsierenden Rheinland zugewandt und ist – wie Sie wissen – 2011 der IHK-Initiative Rheinland beigetreten. Ziel dieser Initiative ist die Stärkung der Zusammenarbeit der Wirtschaft und der Weiterentwicklung der Wirtschaftsregion Rheinland zu einem der attraktivsten Standorte Europas.

Bei den beteiligten IHKs funktioniert die Zusammenarbeit schon sehr gut. Die Kommunen haben da noch erheblichen Nachholbedarf; allein die Städte Düsseldorf und Köln unter einen Hut zu bekommen ist eine Wissenschaft für sich. Hier wartet noch jede Menge Arbeit auf uns. Ungeachtet dessen schätzen wir aber auch weiterhin die Nähe und Nachbarschaft zu den benachbarten Wirtschaftsregionen in Westfalen, die uns wirtschaftsstrukturell eng verbunden sind.

Meine Damen und Herren,

auch bei der Kooperation unserer drei Bergischen Großstädte sehe ich noch Luft nach oben. Sicherlich hat sich die Zusammenarbeit seit der Regionale 2006 in den letzten Jahren merklich verbessert. Es gibt gerade im Back-Office-Bereich und bei einigen nicht ganz so bedeutenden Ämtern bereits enge Verzahnungen oder sogar Zusammenlegungen. Aktuell torpedieren jedoch steuerrechtliche Aspekte etwaige weitere Zusammenführungen – leider!

Eine Folge der Regionale ist unsere Bergische Entwicklungsagentur (BEA), die wir mit Einverständnis der Unternehmerschaft auch in den kommenden Jahren unterstützen werden. Ich würde mir sehr wünschen, dass wir über die BEA zu einer deutlich stärkeren Zusammenarbeit auf vielfältigen Eben gelangen. Alleingänge einzelner Städte bringen im Konzert der „Großen“ immer weniger.

Meine vor einigen Jahren – bewusst und provokant – formulierte Vision einer „Bergischen Großstadt“ muss für die Beteiligten keine Horrorvision sein. Die gesetzlich geregelte Städte-region Aachen kann uns weiterhin als positives Beispiel dafür dienen.

Dies ist meine Botschaft: Ohne ein dreieiniges Bergisches Städtedreieck wird auch das stolze Wuppertal in den nächsten Jahren massiv an Bedeutung verlieren. Meine lieben Oberbürgermeister, lassen Sie die großen Chancen nicht ungenutzt liegen!

Nur als Region werden wir hier gemeinsam wahrgenommen. Insofern bietet sich ein großes und weitgefächertes „Spielfeld“ für meine Nachfolgerin oder meinen Nachfolger.

Übrigens: als ich im Mai 1997 mein Amt als Präsident dieser Kammer angetreten habe, waren die Kommunalhaushalte der drei bergischen Großstädte bereits alle defizitär. Bis heute hat sich das leider nicht verändert, sondern im Gegenteil von Jahr zu Jahr verschlimmert. Erst jetzt hat sich mit dem „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ etwas zum Positiven gewandelt. Unsere Städte erhalten damit eine realistische Chance, ihre Finanzen wieder in den Griff zu bekommen, wenn sie gleichzeitig die notwendigen eigenen Konsolidierungsmaßnahmen ergreifen.

Auch wenn es aktuell erste schmerzliche Einschnitte bei den Leistungen gibt, der Schwerpunkt der Maßnahmen liegt auf der Einnahmenseite. Wir halten den scheinbar bequemen Weg über höhere Steuern – wie Hebesatzerhöhungen bei der Gewerbesteuer und der Grundsteuer B – für falsch. Es scheint leider politisch gewollt, dass wir in den Steuerstaat marschieren – und Wuppertal, Solingen und Remscheid marschieren vorne weg. Bei den Steuern und Gebühren gehen unsere Städte bis an die Grenze des rechtlich Zulässigen, beispielsweise bei den Vergnügungssteuern.

Demgegenüber fällt es ihnen schwer, bei ihren freiwilligen und pflichtigen Aufgaben größere Einschnitte vorzunehmen. Stattdessen gibt es immer wieder Versuche, neue Steuerarten auf den Weg zu bringen: In Wuppertal etwa die aktuell in der Diskussion stehende Bettensteuer, in Remscheid die inzwischen verworfene Pferdesteuer und die Mobilfunkmastensteuer, und in Solingen wurde die sogenannte „Sexsteuer“ als Teil der Vergnügungssteuer etabliert.

Ein weiteres wichtiges Thema, das sich durch meine 16-jährige Amtszeit gezogen hat, war das Thema Verkehr. Denn ohne eine moderne Verkehrsinfrastruktur kann unser Wirtschaftsstandort nicht bestehen – das gilt für das Bergische Städtedreieck, für NRW und für ganz Deutschland. Die IHK-Organisation hat das Jahr 2013 unter die Überschrift „Infrastruktur“ gestellt. Wir brauchen einen Masterplan für Verkehrswege!

Wie problematisch schon der Ausfall einer einzigen Brücke sein kann, führt uns jetzt die Rheinbrücke bei Leverkusen vor Augen: Gigantische Lkw-Staus, riesige Mehrkosten für Unternehmen, ein fataler Verlust an Wettbewerbsfähigkeit und Standortattraktivität.

Leider ist dies erst der Anfang, denn allein in NRW sind knapp 400 Brücken marode und müssen dringend saniert oder sogar neu gebaut werden. Erste Kostenschätzungen sprechen hier von einem Sanierungsbedarf in Höhe von 3,5 Milliarden Euro in den nächsten zehn Jahren – wohlgemerkt nur für die Brücken in Nordrhein-Westfalen.

Leider zeigt dieses Beispiel auch ein totales Versagen der Politik. Seit ich 1997 Präsident dieser IHK geworden bin, haben alle Landes- und Bundesregierungen in unzähligen Sonntags- und sonstigen Reden betont, dass unbedingt mehr in unsere Verkehrswege investiert werden müsse. Auch in bilateralen Gesprächen haben mir dies unter anderem die jeweiligen Verkehrsminister unseres Landes immer wieder bestätigt. Stets stimmten mir die verantwortlichen Politiker in meiner Einschätzung zu. Passiert ist trotzdem immer dasselbe – nichts! Stattdessen zahlen wir für sehr fragwürdige Prestigeprojekte wie Stuttgart 21 und geben mehr als unsichere Sicherheiten für Griechenland.

Mit Ausnahme der finanzkrisenbedingten Konjunkturpakete 2009 und 2010 wurde kein Cent mehr in die Infrastruktur gesteckt. Und das obwohl seit 2005 durch die Lkw-Maut jährlich wachsende Summen eingenommen werden. Allein in diesem Jahr wird es voraussichtlich der Rekordbetrag von 4,7 Milliarden Euro sein. Die Wirtschaft zahlt also immer mehr, trotzdem kommt bei den Straßen nicht mehr an. Warum?

Je mehr Geld die Maut in die Staatskasse spült, desto mehr kürzt der Bundesfinanzminister die Steuergelder für den Verkehrsetat. Und das, obwohl allein 50 Milliarden dieser Steuermittel aus vom Kfz-Verkehr gespeiste Finanzierungsquellen stammen: Mineralölsteuer, Kfz-Steuer, Öko-Steuer. Für mich war und ist dies ein Skandal.

Und dieser Skandal muss endlich enden! Ich fordere erneut, dass endlich ausreichend Geld für die Autobahnen und Bundesstraßen zur Verfügung gestellt wird. Ich verlange, dass die Politiker ihrer Verantwortung gerecht werden und endlich handeln. Dazu gehört zunächst, in einer Art „Masterplan Verkehr“ die Sanierung unserer Verkehrsinfrastruktur anzugehen. Der Verfall muss gestoppt werden – jetzt!

Neben der Sanierung muss es angesichts des Verkehrswachstums aber auch weiter Neubauten vor allem Engpassbeseitigungen geben. Aber bitte nicht mehr nach dem Prinzip: Für jeden Landkreis ein Umgehungssträßchen, damit auch der letzte Abgeordnete nochmal ein Flatterband durchschneiden kann. Wir brauchen – gerade beim neuen Bundesverkehrswegeplan 2015 – eine glasklare Priorisierung. Geld muss in die bundesweit wichtigsten Projekte investiert werden – unabhängig vor allem auch von Himmelsrichtungen.

Da gilt natürlich nicht nur für Straßen, sondern auch für die Schiene. Auch da liegt vieles im Argen. Wichtige Schienenprojekte in NRW kommen einfach nicht voran und das schadet unserem Wirtschaftsstandort. Die „Betuwe-Linie“ oder der „Eiserne Rhein“ sind notwendig und das sollte endlich auch der Bundesverkehrsminister verstehen.

Die Bergische IHK kämpft um die Schiene in enger und vertrauensvoller Kooperation mit den Verkehrsexperten unserer drei Kommunen. Gemeinsam ist es uns auch gelungen, alle Tendenzen zur schleichenden Abkoppelung unseres Städtedreiecks vom Schienenfernverkehr zu stoppen. Das führte uns bis zur Vorstandsetage des DB-Towers in Berlin – offensichtlich hat es etwas genutzt. Ich hoffe nun sehr, dass die Bahn ihre Zusage einhält und neben der Müngstener Brücke in den nächsten Jahren auch die Hauptbahnhöfe in Wuppertal und Solingen saniert. Nebenbei bemerkt: Die Sanierung der beiden Bahnhöfe kostet nur drei Tausendstel der Summe, die derzeit für „Stuttgart 21“ eingeplant ist.

Meine Damen und Herren,

bei meiner ersten Neujahrsempfangsrede im Jahr 1998 ging ich auf zwei wichtige Straßenprojekte im Städtedreieck ein. So forderte ich den schnellen Ausbau der Wuppertaler Südtangente inklusive neuen Anschlusses an die A1. Der Begriff „schnell“ – das habe ich im Laufe der Zeit lernen müssen, ist bei Verkehrsplanern aber relativ. Man könnte sagen, es handelt sich hier um eine ganz eigene, sozusagen „infrastruktur-immanente Relativitätstheorie“. Fakt ist: Jetzt haben wir 2013 und wir warten immer noch. Und wir werden auch noch länger warten, so viel ist klar. Ob der Ausbau kommt, ist immer noch nicht sicher – aber immerhin sind die Chancen dafür eher gewachsen als gesunken. Der Burgholztunnel wurde 2006 eröffnet – nach vierzig Jahren Planung. Betrachtet man diesen Zeithorizont, dann erscheint der Ausbau der Parkstraße bis 2020 vielleicht ganz realistisch.

Zum Anschluss Solingens an die A3 ist nur eines zu sagen: Wann kann ich eine staufreie Auffahrt zur Autobahn benutzen? Noch zu meinen Lebzeiten?

Es sollte einmal berechnet werden, wie viel volkswirtschaftliches Vermögen in diesen Jahren durch Staus und Unfälle auf dieser Strecke vernichtet worden ist. Wie viele Schadstoffe unnötig ausgestoßen wurden und wie viel Lärm die Anwohner zu ertragen hatten. Die Zahlen, die bei dieser Berechnung herauskämen, sollten dann bitte als Laufband in roter Schrift auf der Internetseite einer bekannten Ministerin aus Solingen erscheinen. Sie sehen, auch ein langgedienter IHK-Präsident hat manchmal verrückte Vorstellungen.

Meine Damen und Herren,

in meine Amtszeit fiel auch der Wechsel im Rektorat der Bergischen Universität Wuppertal. Seit 2008 haben wir mit Prof. Dr. Lambert T. Koch einen Mann an der Spitze der Bergischen Uni, der sich der Region und den Bergischen Unternehmen verpflichtet fühlt und konsequent einen Weg der Regionalisierung geht. Mit An-Instituten in Solingen und Remscheid ist die Universität in der Region verwurzelt. Sie nutzt diese Kontakte für einen lebendigen Technologietransfer.

Seit Ende 2008 sind die Bergische IHK und die Bergische Universität über einen Kooperationsvertrag verbunden. Diese Zusammenarbeit war im letzten Jahr von besonderen Erfolgen gekrönt. Gemeinsam ist es uns gelungen, mehr als 1,6 Millionen Euro über einen Zeitraum von fünf Jahren für einen Stiftungslehrstuhl Maschinenbau an der Bergischen Uni aus der bergischen Industrie zusammenzutragen. Insgesamt 13 Unternehmen beteiligen sich gemeinsam mit der Sparkasse Solingen und dem Stifterverband für die deutsche Wissenschaft an der Finanzierung dieses Lehrstuhls. Allen Stiftern sei an dieser Stelle herzlich gedankt!

Meine Damen und Herren,

während meiner Amtszeit sind nicht nur die Schulden manch eines Fußball-Clubs, sondern auch die Energiepreise stark gestiegen. Strom ist für die Industrie um rund 50 Prozent, Erdgas um mehr als das Doppelte teurer geworden. Am markantesten sind die Preise für Kraftstoff gestiegen. So kostete ein Liter Diesel 1997 gerade mal 64 Cent. Angeblich fortschrittliche Politiker nennen diese Entwicklung eine Energiewende. Energie möglichst effizient zu nutzen, ist daher das Gebot der Stunde. Nach dem Atomunfall im Kraftwerk in Fukushima gilt zudem, die benötigte Energie möglichst regenerativ zu erzeugen. In manchen Regionen ist gar von „100 Prozent Erneuerbar“ die Rede, so auch in unserem Städtedreieck.

Was bedeutet diese Energiewende nun für unsere Bergischen Unternehmen? Energie ist ein Kostenfaktor, der durch die knapper werdenden Rohstoffe an Bedeutung zunehmen wird. Energieeffizienz ist zugleich eine unternehmerische Aufgabe, die sehr wohl Unterstützung verdient. Nur muss auch die Frage erlaubt sein, ob die Beratungsinfrastruktur, die wir für dieses Thema vorhalten, politisch bedingt nicht etwas zu üppig beschaffen ist. Die Gefahren der Energiewende liegen in den steigenden Energiepreisen. Dies führt zu Wettbewerbsnachteilen für unsere Unternehmen, die in einem globalen Wettbewerb mit Standorten stehen, die deutlich niedrigere Energiepreise aufweisen.

Meine Damen und Herren,

wussten Sie zum Beispiel, dass in Venezuela ein Liter Benzin umgerechnet zwei Cent kostet? Volltanken für einen Euro!

Daher hat sich die Bundesregierung sehr richtig dafür entschieden, energieintensive Unternehmen von der Umlage für die Förderung Erneuerbarer Energien auszunehmen. Im Bergischen Städtedreieck profitieren ganze vier Unternehmen von dieser Regelung. Aber schon hört man aus den einschlägigen politischen Kreisen, diese Industriebetriebe seien „Trittbrettfahrer“ und „Schmarotzer“, denn sie würden sich nicht an den Kosten der Energiewende beteiligen. Aber – bitte schön – die Industrie hat doch diese Kosten auch nicht verursacht.

Schlussendlich müssen wir uns von der Vorstellung lösen, dass die „Bergische Energiewende“ einen – wenn auch nur kleinen – Beitrag zum Klimaschutz leisten könnte. All die regionalen und kommunalen Initiativen zum Klimaschutz sind sinnlos, so lange sich Nationen wie die USA, Kanada oder China nicht an den internationalen Klimaschutzabkommen beteiligen!

Ein anderer Ansatz ist richtig. Zur Lösung dieses globalen Problems bedarf es einer globalen Strategie, die auf eine Begrenzung der Fördermengen fossiler Brennstoffe gerichtet ist. Denn was gefördert wird, wird auch verbrannt. Wie anders ließe es sich erklären, dass trotz aller Anstrengungen der weltweite CO₂-Ausstoß höher ist, als jemals zuvor.

Meine Damen und Herren,

leider kaum geändert hat sich in den letzten 16 Jahren die prekäre Gewerbeflächensituation im Bergischen Städtedreieck. Gleichwohl ist es gelungen, einige größere Gewerbeflächenprojekte in der Region umzusetzen. Nur Remscheid bildet beim verfügbaren Gewerbeflächenangebot das Schlusslicht in unserem Städtedreieck.

Überhaupt brauchen wir eine bessere Akzeptanz für Gewerbeflächen und vor allem für unsere leistungsfähige Industrie. Daher wird die IHK in wenigen Wochen einen „Masterplan Industrie“ veröffentlichen, der sich mit unserer immer noch strukturbestimmenden Leitbranche beschäftigen wird.

Meine Damen und Herren,

seit meinem Amtsantritt beschäftigt mich das Problem eines an Angebot und Nachfrage ausgeglichenen Ausbildungsmarktes. Ziehe ich dazu Bilanz, so ist es sehr beeindruckend, dass während der letzten 16 Jahre 34 Prozent mehr neue Ausbildungsverträge in IHK-Berufen abgeschlossen worden sind! Das ist ein gewaltiger Zuwachs, den die Region Ihrer freiwilligen Bereitschaft zu verdanken hat, ausbilden zu wollen. Die Freiwilligkeit betone ich hier ganz bewusst, stand doch viele Jahre eine „Ausbildungsplatzabgabe“ in der Diskussion, mit der die Bereitstellung von Lehrstellen erzwungen werden sollte.

Für die Zukunftssicherung der Firmen ist aber natürlich nicht nur das bloße Angebot von Ausbildungsplätzen erforderlich, entscheidend ist deren erfolgreiche Besetzung mit motivierten und geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern. Der Ausbildungsmarkt wandelt sich derzeit radikal und vermutlich haben auch viele von Ihnen schon gemerkt, dass Sie auf ausgeschriebene Stellen weniger Bewerbungen erhalten. Der Trend zur Verlängerung der Schulzeit um jeden Preis hält bei weiten Teilen der jungen Menschen unverändert an. Bei den höher qualifizierten Schulabgängern konkurrieren Sie mit Ihrem Ausbildungsengagement mit den hochschulischen Bildungsangeboten.

Es muss uns dringend gelingen, die Attraktivität der dualen Berufsausbildung auf breiter Fläche zu vermitteln. Begeistern Sie Schülerinnen und Schüler für eine Ausbildung in Ihrem Betrieb, insbesondere auch für weniger bekannte Ausbildungsberufe. Gehen Sie auch neue Wege in der Kommunikation mit den ihren Fachkräften von morgen. Posten oder twittern Sie – wir tun es auch – und das sehr erfolgreich! Mit Blick auf die letzten Monate meiner Amtszeit in diesem Jahr rate ich Ihnen, den Abiturienten des doppelten Jahrganges eine Chance für einen Start ihrer beruflichen Karriere in Ihrem Unternehmen zu geben.

Meine Damen und Herren,

bevor ich nun das Wort an unseren Gastredner übergebe, erlaube ich mir, Ihnen Minister Garrelt *Duin* kurz vorzustellen. 1968 in Leer in Ostfriesland geboren, studierte er Rechtswissenschaften und Evangelische Theologie in Bielefeld und Göttingen. Seit dem Bestehen des zweiten juristischen Staatsexamens im Jahr 1998 ist er selbständiger Rechtsanwalt. Seine politische Karriere begann er als Mitglied und Vorsitzender des SPD-Bezirksvorstandes Weser-Ems.

Anschließend war er Mitglied des Europäischen Parlaments, Mitglied des Bundestages, Wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied des SPD-Bundesvorstandes sowie Vorsitzender der SPD in Niedersachsen. Bei unseren Kollegen seiner „Heimat-IHK“ in Emden genoss er einen exzellenten Ruf. Seit dem 21. Juni 2012 ist er nun Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen.

Sehr geehrter Minister *Duin*, ich freue mich nun auf Ihren Vortrag zum Thema „Von Engels zur E-Mobilität“.

Doch zunächst hat die Solinger Musikschule wieder die Bühne mit dem Stück „Someone to watch over me“.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.